



Rechtsausschuss

45. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

22. April 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Strafrechtliche Ermittlungen gegen den ehemaligen Abteilungsleiter im MUNLV, Herrn F. – Sachstand“ auf die nächste Sitzung zu verschieben.

¹ Nichtöffentlicher Teil mit TOP 8 und 9 siehe nöAPr 14/172

1 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft und zur Verbesserung der Sicherheit in Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen (GVUVS NRW) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8631

Der Ausschuss verständigt sich darauf, mit der regulären Ausschusssitzung am 17. Juni 2009 um 11:00 Uhr und um 14:00 Uhr mit der Anhörung zu beginnen sowie die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit wie von Dr. Robert Orth vorgeschlagen anzuschreiben.

2 Menschenwürde im Strafvollzug sichern – Haftvermeidung ausbauen – Entschädigung angemessen gestalten 8

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8870

3 Personalnotstand im Vollzugskrankenhaus Fröndenberg 14

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2572

4 Zukunft der Justizakademie Recklinghausen 17

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2573

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes im nichtöffentlichen Teil seiner heutigen Sitzung fortzusetzen.

5 Vorfälle in der Justizvollzugsanstalt Rheinbach 18

Bericht der Landesregierung

6	Dienstrechtliche Ermittlungen gegen Frau L. – Sachstand	21
	Bericht der Landesregierung Vorlage 14/2571 – keine Wortmeldungen	
7	Verschiedenes	
	a) Entweichen des Strafgefangenen Thomas W.	22
	b) Zusammenlegung der Sozialen Dienste	24
	c) Ausschussfahrt nach Brüssel	24

* * *

1 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft und zur Verbesserung der Sicherheit in Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen (GVUVS NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8631

Der Gesetzentwurf wurde am 18. März 2009 im Plenum beraten und an den Rechtsausschuss überwiesen.

Frank Sichau (SPD) beantragt, eine Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung und dem von seiner Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf durchzuführen.

Vor der Sommerpause gebe es noch zwei Sitzungen des Rechtsausschusses, so **Vorsitzender Dr. Robert Orth**, nämlich am 20. Mai sowie am 17. Juni 2009. Er halte den ersten Termin für zu knapp, um Sachverständige zu laden, und schlage deshalb den 17. Juni 2009 vor.

Monika Düker (GRÜNE) kritisiert, dass nach der Anhörung zur Kinderpornografie noch eine reguläre Ausschusssitzung stattgefunden habe. Da es sich bei der Sitzung am 17. Juni um die letzte Sitzung vor der Sommerpause handele, schlägt sie stattdessen einen zusätzlichen Termin vor.

Nach Meinung von **Harald Giebels (CDU)** ist es richtig, beide Termine auf einen Tag zu legen. Er schlägt eine längere Pause zwischen der Anhörung und der eigentlichen Sitzung vor.

Frank Sichau (SPD) schließt sich Harald Giebels an und schlägt vor, am Vormittag die reguläre Sitzung und am Nachmittag die Anhörung wahrzunehmen.

Zudem stelle sich die Frage, inwieweit man die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit einbeziehe, da auch der Datenschutz betroffen sei. Daher wolle er sie um eine Stellungnahme bitten, ohne dass sie als Sachverständige auf das Kontingent seiner Fraktion angerechnet werde.

Vorsitzender Dr. Robert Orth entgegnet, die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit sei qua Amt immer eingeladen und könne sich zu einem Thema äußern, da sie Rederecht habe. Er halte es für unglücklich, wenn sie der Ausschuss aufforderte, eine Stellungnahme abzugeben, da es sich bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit um eine Institution des Landes handele. Deshalb solle man sie nicht als Sachverständige benennen.

Monika Düker (GRÜNE) stimmt Dr. Robert Orth grundsätzlich zu. Jedoch habe man auch in der Vergangenheit bei datenschutzrelevanten Gesetzentwürfen wie etwa der Videoüberwachung im Polizeigesetz explizit eingeladen und gebeten, eine Stellungnahme abzugeben. Dadurch komme zum Ausdruck, dass dem Parlament ihre Stellungnahme wichtig sei, weil datenschutzrelevante Themen angesprochen würden.

Vorsitzender Dr. Robert Orth stellt klar, es gehe ihm lediglich darum, sie nicht als formelle Sachverständige einzuladen. Er schlägt vor, sie anzuschreiben und ihr mitzuteilen, dass der Ausschuss sich freuen würde, wenn sie an der Sitzung teilnähme.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, mit der regulären Ausschusssitzung am 17. Juni 2009 um 11:00 Uhr und um 14:00 Uhr mit der Anhörung zu beginnen sowie die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit wie von Dr. Robert Orth vorgeschlagen anzuschreiben.